
454/A(E) XXVIII. GP

Eingebracht am 24.09.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

der Abgeordneten Barbara Neßler, Olga Voglauer, Freundinnen und Freunde

betreffend dringende nächste Schritte nach mutmaßlichen Gewalt- und Missbrauchsfällen im SOS Kinderdorf Moosburg

BEGRÜNDUNG

Am 17. September 2025 berichtete die Wochenzeitung Falter ausführlich über schwerwiegender Vorwürfe gegen das SOS-Kinderdorf Moosburg in Kärnten. Zwischen 2008 und 2020 sollen dort Kinder – die eigentlich Schutz, Geborgenheit und Fürsorge hätten erfahren müssen – wiederholt und über Jahre hinweg misshandelt, erniedrigt und ihrem Grundrecht auf Sicherheit beraubt worden sein.

Dokumentiert wurden Fälle, in denen Kinder eingesperrt, vom Trinken abgehalten, geschlagen oder fixiert wurden. Ein Pädagoge soll Nacktfotos von Kindern gespeichert haben. Selbst der damalige Dorfleiter, der in besonderem Maße Verantwortung getragen hätte, soll nicht nur wegesehen, sondern selbst Gewalt angewendet haben. Besonders bitter: Viele dieser Vorfälle wurden von den Betroffenen genau erinnert und von Mitarbeiter:innen dokumentiert – ohne dass dies zu wirksamen Konsequenzen führte.

Eine im Jahr 2021 erstellte unabhängige Studie belegt das Ausmaß dieser systematischen Gewalt und spricht von einem regelrechten „Missbrauchssystem“, das über Jahre hinweg möglich war. Doch statt vollständiger Aufklärung und transparenter Konsequenzen wurden die Studie zurückgehalten, Hinweise vertuscht und Betroffene lange allein gelassen.

Zuletzt wurden auch Vorwürfe zum Kinderdorf Imst bekannt¹.

Kinder, die in Einrichtungen wie SOS-Kinderdorf aufwachsen, sind besonders verletzlich. Sie haben ein Recht darauf, dass Justiz und Behörden sie in höchstem

¹ <https://tirol.orf.at/stories/3322158/>

Maße schützen. Jeder Verdacht auf Misshandlung oder Missbrauch muss daher mit größter Sorgfalt und Konsequenz geprüft werden. Nur so kann Vertrauen in die Institutionen gewahrt und neues Leid verhindert werden.

Die Öffentlichkeit, die Betroffenen und ihre Familien haben ein Recht auf Aufklärung, Gerechtigkeit und die Gewissheit, dass strukturelle Gewalt gegen Kinder nicht länger geduldet oder vertuscht wird.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Europa, Integration und Familie im Bundeskanzleramt, wird aufgefordert:

- für eine lückenlose Aufklärung des Falles Sorge zu tragen und sicherzustellen, dass nach der Aufarbeitung der Fälle Gewalt an Kindern keinen Platz mehr in SOS Kinderdörfern hat,
- Qualitätssicherungsmaßnahmen einzuführen, inkl. regelmäßiger Audits, ob diese auch eingehalten werden,
- regelmäßige Kontrollen zu gewährleisten, ob Gewaltpräventionskonzepte in der Praxis auch eingehalten werden,
- zeitnahe einen runden Tisch zur organisieren, um die strukturellen Probleme gemeinsam mit Stakeholdern und Expert:innen zu adressieren und eine Kompetenzverschiebung hin zur Bundesebene zu diskutieren.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Familie und Jugend vorgeschlagen.